

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

5.11.1869 (No. 260)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. November.

Nr. 260.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 30. v. Mts. erhält Seconde-Lieutenant Ado Freiherr von Laroche im (1.) Leib-Grenadier-Regiment die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem Armeecorps, vorbehaltlich der Erfüllung seiner gesetzlichen Dienstpflicht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† München, 3. Nov. Sicherem Vernehmen nach soll der bayerische Gesandte in St. Petersburg, Graf Tauffkirchen, nach Rom versetzt werden.

† Berlin, 4. Nov. Abgeordnetenhause. Der Finanzminister legt den Finanzplan vor. Er empfiehlt ein neues Amortisationsystem und zugleich die Umwandlung der 4 1/2- und 4-prozentigen Staatsschuld in eine 4-prozentige Rente. Das Defizit werde nach diesem Plane verschwinden; ein Steuerzuschlag sei vorerst nicht nöthig.

† Berlin, 4. Nov. Abgeordnetenhause. Der Kultusminister legt ein Gesetz, die Aufhebung des unentgeltlichen Volksunterrichts betr., vor, ferner ein das gesamte Unterrichtswesen umfassendes Gesetz, sowie einen Gesetzentwurf, betr. die Wittwen- und Waisentafeln der Volksschullehrer. Der verlangte Staatszuschuß von 60,000 Thalern konnte finanzieller Verhältnisse halber nicht gepöhrt werden.

† Wien, 3. Nov. Einem Telegramm der „Wien. Abendpost“ zufolge hat sich F. M. Wagner zur Leitung weiterer Operationen nach Suwara begeben. Letzte Nacht brannte in Zara ein Verpflegungsmagazin ab. Man vermuthet Brandstiftung.

† Wien, 3. Nov. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht ein Telegramm des Divisionärs von Cattaro, von gestern Abend datirt. Diesem zufolge ist Derski Fischer von Fort Trinita vorgerückt und hat die Insurgenten nach dreitägigem Kampfe bis über Sutwara zurückgedrängt. Der Verlust der Insurgenten ist unbekannt.

† Cattaro, 4. Nov. Gestern wurde die feste Stellung der Insurgenten bei Sific von den kaiserl. Truppen unter Fischer und Dormus erstrümt. Neue Unterwerfungsanträge. Montenegriner neutral.

† Florenz, 3. Nov. Die „Offizielle Ztg.“ sagt, der König sei von einer starken Erkältung, verbunden mit Fieber, befallen worden, doch befände sich derselbe auf dem Wege der Besserung.

† Paris, 4. Nov. Das „Journ. de Paris“ sagt: Ledru Rollin hat eine Kandidatur abgelehnt. Rochefort hat eine Kandidatur angenommen und ist bereit, den Eid zu leisten. Die „Liberté“ sagt, Rochefort werde diesen Abend in Paris erwartet, die Regierung werde ihm alle Freiheit gewähren.

† Rouen, 3. Nov. Die erwartete Ankündigung der Aufhebung der Admissions temporaires durch Ozenne ist nicht erfolgt. Derselbe erklärte bloß, im Ministerrathe werde dieser Tage die Frage der Kündigung der Verträge behandelt werden. Ferner erklärte derselbe, sofort bei Eröffnung der Sitzung des Gesetzgeb. Körpers werde demselben ein allgemeines Zolltarifgesetz vorgelegt werden, damit die Kammer dasselbe vor dem 4. Febr., dem Zeitpunkt, wo der französisch-englische Vertrag gekündigt werden könne, zu prüfen im Stande sei.

† Athen, 3. Nov. Der Kaiser von Oesterreich ist heute hier eingetroffen. Der König begrüßte ihn im Piräus.

† Konstantinopel, 3. Nov. Der österreichische Finanzminister v. Blener verhandelte hier über die Frage wegen der türkischen Bahnen.

Deutschland.

† Darmstadt, 2. Nov. Der Zusammenritt der Zweiten Kammer steht nun sicher in Kürze bevor. Der Finanzausschuss tritt zur Wiederaufnahme seiner Arbeiten bereits Freitag den 5. d. zusammen.

† Darmstadt, 3. Nov. Gestern Abend 9 Uhr 25 Minuten und heute Morgen 4 Uhr fanden wieder heftige Erdstöße statt. Aus Großgerau wird gemeldet, daß dort starke Erdschütterungen immer noch fortdauern. Viele Einwohner verlassen ihre Wohnungen und suchen anderwärts ein Unterkommen.

† Dresden, 2. Nov. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde die Abänderung des Wahlgesetzes für die Synode im Sinne einer stärkeren Vertretung des Laienelements mit allen gegen 12 Stimmen beschloffen.

† Dresden, 3. Nov. Ein bei der Abgeordnetenkammer eingegangenes Dekret beantragt: Die gegenwärtig beim

Landtagsausschüsse deponirten 6 Millionen 5-prozentiger Staatsschuld eine gegen Depontierung 4-prozentiger Papiere dem Finanzministerium zur Verfügung zu stellen. Der Gesamtbetrag der Staatsschulden wird hierdurch nicht alterirt; nur soll der hohe Kursverlust bei dem Verkauf 4-prozentiger Papiere vermieden werden.

† Berlin, 3. Nov. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Nov.

Die Petition alltäglicher Geistlicher auf Ermächtigung zur Führung von Zivilstands-Registern mit staatlicher Geltung, beziehentlich Einführung obligatorischer Civilehe, rüft eine dreitägige Debatte hervor. Die Kommission beantragt Ueberweisung an die Regierung zur Abhilfe mit der Erklärung: letztere werde nur möglich durch die Einführung der obligatorischen Civilehe. Gegen die Kommission: Strofer, Bantrup, Mallinrodt, Katorff, Red (Winden) und Schamweber; dafür: Löwe, Richter (Sangerhausen), Lehmann, Cornely, Eysel, Bethusy, Windthorst (Lüdinghausen) und Reserent Gneiß in eindrucksvoller Rede. Schließlich wird der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen; dagegen die Konserverativen, Klerikalen und Polen.

† Berlin, 3. Nov. Die „Provinzial-Korresp.“ schreibt: Der Finanzminister wird, nach bereits erfolgter Verständigung innerhalb der Staatsregierung, dem Abgeordnetenhause unverweilt weitere Mittheilungen machen. Die Beratung des Budgets wird voraussichtlich am 4. Nov. wieder aufgenommen. Das Ministerium genehmigte den Unterrichts-Gesetzentwurf, dessen Vorlage unverweilt erfolgen wird.

† Berlin, 3. Nov. Wegen des höchst ungünstigen Wetters hat der König darauf verzichtet, sich an der heute im Grunewald abgehaltenen Hubertus-Jagd zu betheiligen. Morgen früh um 7 Uhr wird Sr. Maj. mittelst Extrazuges von hier nach Pless in Schlessien abreisen, um den Jagden beizuwohnen, welche der Fürst v. Pless am 5. und 6. Nov. veranstaltet. Die Rückkehr nach Berlin erfolgt am Sonntag den 7. d. M. — Mehrere Blätter verbreiten neuerdings das Gerücht, der Ministerpräsident Graf Bismarck werde binnen kurzem nach der Hauptstadt kommen, um wieder dauernd hier zu verbleiben. Dies Gerücht entbehrt der Begründung. Ebenso erweist sich die Behauptung als grundlos, daß Graf Bismarck demnächst zu besonderen Verhandlungen auf einige Tage hier eintreffen werde. Die Rückkehr desselben nach Berlin erfolgt nicht vor Anfang Dezember. Nach Mittheilungen aus Barzin macht die wesentliche Besserung, welche vor einigen Wochen in dem Besinden des Ministerpräsidenten eingetreten ist, unverändert günstige Fortschritte.

Gestern Abend waren die Mitglieder des Staatsministeriums zu einer vertraulichen Besprechung vereinigt. Wie verlautet, hat bei dieser Gelegenheit der Finanzminister Camphausen seine Pläne und Vorschläge in Betreff der Wiederherstellung eines fest geordneten Finanzzustandes des Nördern entwickelt. Seinen Ansichten und Darlegungen ist die Zustimmung der übrigen Minister zu Theil geworden. Heute dürfte Hr. Camphausen auch vom König die Billigung seiner Vorschläge erhalten haben. Ueber dieselben wird der neue Minister wahrscheinlich schon in der morgen stattfindenden Sitzung dem Abgeordnetenhause eingehende Eröffnungen machen. Mehrseitigen Andeutungen zufolge liegt es im Plan des Hrn. Camphausen, einen Theil der Staatsschulden nicht zu amortisiren, sondern in eine unkündbare Rente zu verwandeln. (S. v. Tel. Berlin.)

Eine zur Ueberreichung der bekannten Adresse aus Norwichele wüßig hieher gekommene Deputation ist vom Könige nicht empfangen, sondern durch das Hofmarschallamt an den Minister des Innern verwiesen worden. Der König wird diese Adresse nicht entgegennehmen. In Bezug auf das Vorgehen der betheiligten Nordschleswiger äußert man in hiesigen politischen Kreisen u. a.: es könne preussischen Unterthanen nicht zustehen, sich in völkerrechtliche Akte der Regierung einzumischen und sich in Rechte über einen Vertrag aufzuwerfen, den ihr Souverän mit einer andern Macht abgeschlossen habe. Der Prager Friedensvertrag sei lediglich zwischen Preußen und Oesterreich vereinbart. Oesterreich allein habe das Recht, eventuell auf die Ausführung einzelner Vertragsbestimmungen zu bringen. Dänemark als völlig unbetheiligte Macht besitze dazu keinerlei Befugniß. Um nun im Sinne des Vertrags über den Gegenstand des Artikels 5 mit Dänemark zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, habe Preußen aus eigenem freien Antrieb entgegenkommende Schritte gethan. Die Einigungsversuche seien aber bisher an der Unmöglichkeit gar nicht berechtigter Forderungen Dänemarks gescheitert. Uebrigens erscheine es auch als ein ganz rechtswidriges Auftreten, wenn die betreffenden Nordschleswiger sich als Dänen gerirten und die Wiedervereinigung mit ihrem dänischen Vaterlande verlangten. Schleswig habe niemals zu Dänemark gehört; es sei stets nur durch Personalunion mit diesem Lande verbunden gewesen.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 1. Nov. Abends. Der Fürst von Montenegro scheint ohne Zweifel aus triftigen Gründen seine enthaltende Rolle ernst zu nehmen. Er hat sich dem Vernehmen nach erboten, dem Vertreter der kaiserl. Regierung persönlich

die Zusicherung der vollsten Neutralität zu wiederholen und demselben den Charakter und den Umfang der befalls getroffenen Anordnungen darzulegen.

† Wien, 3. Nov. Die Abmachungen mit der Pforte liegen jetzt vor. Die Pforte verpflichtet sich, die Grenze der Herzegowina und Albanens zu sperren, und Oesterreich wird nur, wenn sie diese Sperre nicht in ausreichendem Maße durchzuführen im Stande sein sollte, seine Hilfe dazu leisten. Die Pforte gestattet endlich den österreichischen Truppen behufs ihrer Operationen gegen den Aufstand in Dalmatien (nicht gegen eine etwaige Bewegung auf ottomanischem Gebiet) die Grenzen der Herzegowina zu überschreiten, und wird jenen Operationen auch sonst jeden irgend möglichen Vorschub leisten.

Italien.

† Florenz, 4. Nov. (Schw. M.) Die Königin Olga von Württemberg wird heute hier im Hotel Costanzi erwartet, wo Gemächer für 2 Monate für sie bestellt sind.

† Rom, 3. Nov. (Schw. M.) Der französische Gesandte Marquis v. Banneville ist heute hier angekommen.

Frankreich.

† Paris, 2. Nov. (Köln. Ztg.) Der heutige Tag ist ganz still und ruhig vor sich gegangen und die Andacht der Friedhofbesucher in keiner Weise gestört worden. Auch über die Gesundheit des Kaisers ist man wieder beruhigt, da man erfährt, er habe vorgestern an der Gala-Tafel Theil genommen und heute Nachmittag den Vorhitz im Ministerrathe geführt. Hr. v. Lavalette, das alter ego von Rouher, hat seine Ausföhrung mit dem General Fleury gefeiert. Emil Dillivier ist gegen den Rath seines Freundes Girardin nach Paris gekommen. Er hat sich mit dem Prinzen Napoleon bereits berathen und beide sprachen die Ueberzeugung aus, das Ministerium werde noch vor dem 29. Nov. besetzt werden. Ein Theaterstück von Clautis, welchem die Polizei durch ihre Unterdrückungsgelüste eine so lärmende Reclame gemacht hat, ist jämmerlich durchgefallen.

† Paris, 3. Nov. Das „Journ. officiel“ meldet, daß die Kaiserin am 1. Nov. in Luror ankam und dieselbe mit den französischen und deutschen Gelehrten zusammentraf, welche der Bigeförig eingeladen hatte.

Die Minister sind gestern nach Compiègne abgegangen, wo heute früh unter Vorhitz des Kaisers eine Ministerrathssitzung stattgefunden hat. Sie wurden heute Nachmittag in Paris zurück erwartet.

Die Hrn. Jules Simon und J. Ferry haben Vorbeurtheil diesen Morgen verlassen, um sich nach Aubin zu begeben, wo Hr. Jules Favre sich bereits befindet. Bekanntlich werden die drei Abgeordneten der Linken eine Untersuchung über die Ereignisse von Aubin anstellen.

Der Marquis v. Lavalette, schreibt der „Moniteur“, scheint endlich entschlossen, seinen Schloßposten in London in Besitz zu nehmen. Seine Freunde behaupteten, er werde nicht eher abreisen, als bis er zwei Dinge erlangt habe: zunächst die Ernennung des Hrn. Tissot als ersten Botschaftssekretär in London und zweitens eine Audienz beim Kaiser. Es wird nun versichert, daß Sr. Maj. vorigen Samstag die Ernennung des Hrn. Tissot unterzeichnet und am nämlichen Tage Hrn. v. Lavalette in Compiègne empfangen hat. Der Augenblick, Paris zu verlassen, ist also für den ehemaligen Minister des Innern gekommen. — Rente 71.40, Cred. mob. 198.75, ital. Anl. 53.80.

Spanien.

† Madrid, 1. Nov. Man schreibt dem Pariser „Temps“: Die Unionisten haben erklärt, daß sie den Herzog von Sena nicht annehmen können, sondern ihn wie ein Unglück für's Land bekämpfen werden. Und da es sich jetzt nicht mehr um Majorität und Minorität handelt, da der Marschall Prim zugeben mußte, daß der König B. Emanuel die spanische Krone für seinen jungen Neffen nur in dem Falle anzunehmen bereit ist, wenn sie ihm von einer imvoluten parlamentarischen und nationalen Manifestation angeboten wird, so ist die Verlegenheit groß, denn die Opponenten sind eben so stark an Zahl, als die Anhänger dieser Kandidatur. Man muß sich erinnern, daß die jetzigen Cortes aus 367 Abgeordneten bestehen, und daß die klein-mögliche Majorität, welche gesetzlich und moralisch einen so wichtigen politischen Akt, wie die Wahl des Monarchen, sanktioniren könnte, 185 Stimmen beträgt. Nun müssen von der Gesamtzahl 367 abgezogen werden: 73 Föderal-Republicaner, welche die Kammer verlassen haben, 27 Absolutisten, die sich des Botums enthalten werden, und ungefähr 30 Balancen, die man sich hat anhängen lassen. Wenn man also auch keinen Kranken oder Abwesenden in Anschlag bringt, so ist die Anzahl der Stimmenden doch nicht über 237, und bei dieser Ziffer sind die Unionisten mindestens mit 80 Stimmen vertreten. Wie man sieht, sind sie die Herren der Lage, ganz eben so wie ihre Gegner, die Progressisten.

† Madrid, 2. Nov. Das Eisenbahngesetz wurde von den Cortes definitiv angenommen. Der Belagerungszustand wird wahrscheinlich noch vor der Wahl eines Königs aufgehoben werden. Einem Gerücht zufolge würde der Finanzminister Figuerola die Budgetvorlage mobilisiren, den Abzug auf die äußere Schuld fallen lassen und den auf

die innere Schuld und die Gehalte um 5 Proz. bis 10 Proz. verringern.

Madrid, 3. Nov. Die Cortes sind bis zu einer später zu erfolgenden Einberufung vertagt worden. — Nachrichten von Cuba melden, daß die Verhältnisse sich dort mit jedem Tage bessern. Große Grundbesitzer der Insel, welche von den Ber. Staaten oder von Europa aus die Empörung durch ihre Sympathien und sogar durch ihr Geld unterstützten, haben nicht allein den Empörern ihre Sympathien entzogen, sondern auch noch ihr Vermögen der spanischen Regierung zur Verfügung gestellt, um die Empörung zu bekämpfen.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Nov. Der an Stelle des Hrn. Dotzack ernannte neue französische Gesandte, Marquis de St. Ferréol, ist hier angekommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 2. Nov. Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde heute von dem Kaiser empfangen. In seiner Ansprache an den Monarchen äußerte der Gesandte, er sei glücklich, den Gefühlen der Bewunderung und Hochachtung der Regierung und des Volkes der Ber. Staaten für den Kaiser wiederholten Ausdruck zu geben. Regierung und Volk von Amerika legen die innigsten Wünsche für die Dauer und das Wohlergehen der gegenwärtigen, durch Weisheit, Festigkeit und Gerechtigkeit, reichvollen Regierung Rußlands. Der Gütertransport auf der Nikolaibahn ist auf zwei Monate eingestellt.

Großbritannien.

London, 2. Nov. Der Prinz von Wales ist auf einem Besuche bei Lord Ponsonborough in Scarborough eingetroffen. Die Stadt war Abends illuminirt und der Gemeinderath ließ die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne dem Prinzen eine Adresse zu überreichen. Dieser gedenkt binnen nächster Zeit dem Herzog von Anhalt in Woodnorton abermals einen Besuch abzustatten, und wie verlautet, wird auch die Königin in demnächst daselbst auf einige Tage erwartet. Zu der Nachricht über die italienische Zirkularnote hinsichtlich des Konzils bemerkt der Pariser Korrespondent der „Times“, dieselbe sei bestimmt, den verschiedenen Regierungen mitgeteilt und abschließlich zugestellt zu werden. Man habe bei dem wöchentlichen Empfange im auswärtigen Amt am vorigen Donnerstage mit dem Minister darüber gesprochen, doch sei noch nicht bestimmt zu sagen, ob die formelle Mittheilung erfolgt sei. Zur Weiteren versichert der Berichterstatter, es liege einiger Grund zu der Annahme vor, daß man sich im Einverständnis mit Oesterreich zu diesem Anschreiben entschieden habe. Ueberhaupt siehe diese Angelegenheit im Zusammenhange mit der zwischen Preußen, Oesterreich und Italien zu Stande gekommenen Verständigung. Aus Cort wird telegraphirt, daß ein Volkshaufe von mehreren tausend Personen von einem öffentlichen Plage in Limerick, woselbst von dem High-Sheriff der Grafschaft ein Meeting bezüglich der irischen Pachtergesetzgebung einberufen worden war, Besitz ergriff, auf ein Zeichen von einigen Anführern die Rednertribüne zerstörte, die zu der Versammlung kommenden Leute jagte und gewaltsam forttrieb. Zwei junge Geistliche, welche sich nicht gutwillig fügten, wurden nach längerem Faustkampfe überwältigt. Auch die geheimen Polizisten wurden angegriffen und mehrere von ihnen trugen eine tüchtige Tracht Prügel davon. Der Angriff auf die letzteren hatte das Einschreiten der Polizeisoldaten zur Folge, welche sich bisher nicht eingemischt hatten und den Platz erst besetzten, nachdem die Prügelrei mehrere Stunden gedauert hatte. Ins Werk gesetzt war dieselbe von der irischen Partei, welche versichert, sie werde keine Agitation zu Gunsten der Landreform dulden, bis die feindselige Gefangenen befreit seien. Der High-Sheriff zog sich mit einigen Geistlichen und den Angehörigen der Pächterclubs nach den Räumen der letzteren zurück; sie faßten über die für das verunglückte Meeting vorbereiteten Resolutionen Beschluß. — Aus Mitchellstown wird von einer Amnestieunternehmung gemeldet, an welcher sich 25 000 Personen beteiligten.

London, 2. Nov. Die Bankiers Gebrüder Stern eröffnen so eben die Subskription zur neuen portugiesischen Anleihe, welche 12 Millionen Pfund Sterling (Nominalwert) betragen wird. Es wird zu 32.50 mit dem jährlichen Zinsfuß von 3 Proz. emittirt werden. In Irland hat eine Bande Genies versucht, einen Zug, auf welchem sich 700 Pächter befanden, aus dem Geleise zu bringen, indem sie die Schienen aufbrachen. Der Plan ist jedoch entbehrlich worden und gescheitert.

Amerika.

Neu-York, 3. Nov. (Franz. Kabel.) Hr. Nelson, Demokrat, ist zum Sekretär der Legislatur von Neu-York ernannt worden. Die Republikaner haben in Wisconsin und in Massachusetts den Sieg davon getragen.

Bermischte Nachrichten.

München, 2. Nov. (Säm. M.) Sehr charakteristisch ist die Fatale der ultramontanen Zeitungen, welche sämtlich mit wütendem Ingrimm über das Wahlauschreiben des Ministers v. Hermann sich äußern und dasselbe in ihrer Art kritisieren, während ihrer eine einzige (und zwar die Donauzeitung) zu einem Abdruck desselben sich verstehen mochte. Sogar die „Augsb. Postzeitung“, die doch sonst auf Anstand hält, hat sich noch nicht entschließen können, ihren Lesern den ministeriellen Erlaß mitzutheilen, obgleich sie ihnen über denselben ganz haarsträubende Dinge zu erzählen weiß. Hält sie etwa das Altentum für so gefährlich, daß sie zu seiner Verbreitung nicht behilflich sein mag?

Frankfurt, 3. Nov. (Frk. B.) Gestern Abend halb zehn Uhr wurde unsere Stadt abermals durch einen sehr heftigen Erdbeben erschüttert. Derselbe übertraf alle vorhergehenden an Intensität und dauerte gegen 40 Sekunden. Aus verschiedenen Theilen der Stadt liegen uns heute Nachrichten vor, welche die durch die Erschütterung hervorgerufene Verwirrung schildern: Thüren sprangen auf, Ziegel

fielen von den Dächern, Gläser und Nippfassen stürzten um. Im Saalbau, wo die Mansfeld'sche Kapelle konzertirte, gerieten die Kronleuchter in stürzende Bewegung. Im Thalia-theater geschah dasselbe, zudem schwankten die Bänke und die Stühle in den Logen. — Auch aus Offenbach meldet man, daß die Erschütterung dort gestern Abend heftiger als früher verspürt worden.

Aus Rheingessen, 27. Okt. In Weisenau, Laubenheim und Bubenheim hat die Weinlese bereits begonnen und fällt quantitativ im Ganzen recht bescheiden aus. Qualitativ differirt der Ertrag je nach der Lage auf den Bergen mehr, in den Thälern weniger. Wir notiren für Laubenheim 95, Weisenau 90—91, Bubenheim 91 Grad. In Radenheim beginnt die Lese erst nächster Tage, ebenso in Brzweiler.

Sochheim, 30. Okt. Seit letzten Mittwoch ist allgemeine Lese dahier; nur die Forenser beginnen erst kommende Woche. Die letzte Nacht haben bei 7 Grad Kälte die Trauben in den platten, geringen Lagen gelitten, doch wird der Wein ein guter Mittelwein werden. Man fordert jetzt 30 fl. für die Dm.

Wagern, 28. Okt. An der Riga-Bahn arbeiten seit letzten Montag 500 Italiener; man hofft, bei der geschätzten Lage der Baulinie die Erdarbeiten den ganzen Winter fortsetzen zu können.

In Berlin war am 31. Okt. Morgens die Kälte auf 9 Reaumur gefallen. Es wurde an diesem Tage Schilfschube gelaufen, das erste Mal seit Menschengedenken.

Jensenburg, 2. Nov. (Harib. Nachr.) Am heutigen ersten Wahltag wurden die dänischen Kandidaten: Kaufmann Buda mit 179 Stimm mit 168, und Buchhändler Johannsen mit 147 Stimmen als Stadtverordnete erwählt.

Amsterdam, 3. Nov. Die niederländische Bank hat ihren Diskont von 4 $\frac{1}{2}$ auf 5 Proz. erhöht.

Ueber den Suezkanal wird der „Trib. Zig.“ aus Port-Said, 19. Okt., vom Präsidenten der k. Central-Eisenbahne folgende Mittheilung gemacht: Im Tinsahse arbeiten vier und im Serapeum-Kanal siebenzehn große Dampfmotoren à long couloir Tag und Nacht. An letzterem Orte, wo die Seichte noch am stärksten ist, arbeiten außerdem an den Wandbohrungen etwa 6000 Arbeiter mit fast eben so vielen Maschinen. Sie haben das ausgebagerte Erdreich weggeschafft, worauf dann bis zum 17. November die Wandungen gebauet und Linienrecht hergestellt werden sollen. Bei der Enge des Kanals, 33, ja, an einigen Orten 48 Meter, und dem heutigen Stande der Tiefe dortorts wird es selbst bei mittlerem Tiefgang der Schiffe sehr vortheilhaftiger Lösung bedürfen, um nicht anzufahren. Der große Bittersee gewährt jetzt schon den wahrhaft überraschenden Anblick eines Meeres, in welchem die mit parallel gelegten eisernen Dreijugelsignale (halises) ausgelegt, Weg (chenal) durchaus über 9 Meilen Tiefe hat. Auf der Rückseite nach Sues hinab geht auch die Fahrstraße im See Tinsah mit Feuerzeichen angelegt. Tags darauf, den 18., besahe ich die Straße Jemalita-Port-Said. Um El-Ghira traf ich wieder Dampfmotoren à long couloir und etwas vor dem 60. Kilometer an einer scharfen Biegung des Kanals bei 48 Meter Höhenbreite Tausende von Arbeitern und Maschinen beschäftigt bei Tag und Nacht eine zur Schwächung der Strömung gelassene Winterpforte zu räumen. Weiter unten sind zur Herstellung der vorgezeichneten Tiefe die großen Maschinen à elevateur im Gange; bis dann vom Kilometer 46 an der Kanal in seiner vollen Breite und nahezu vollen Tiefe bis Port-Said den wachsthaft erheblichen Eindruck macht. Die Strömung vom Mitteländischen Meere, welche noch vor 15 Tagen eine gewaltige war, ist nahezu unmerklich geworden und das Wasser fängt schon seit einigen Tagen merklich zu wachsen an, woraus zu schließen ist, daß die Seen nahezu gefüllt sind und daß das Niveau des Wassers der ganzen Länge nach demnächst hergestellt sein wird. Es ist denn die technische Durchführbarkeit dieser neuen Weltstraße nicht mehr anzuzweifeln, die Vollendung und Befestigung derselben ist nur mehr Sache der Zeit. Es muß nur bedauert werden, daß die Eröffnung des Kanals nicht noch auf drei bis vier Monate hinausgeschoben worden, wo dann jedes Schiff fast ohne Einschränkung unter der Führung eines geübten Booten hätte zugelassen werden können. Ein ehemaliger französischer Mercantil-Kapitän und ein französischer Linien-Schiffs-Lieutenant sind hier eingetroffen, um den Memoires und Boissendienst des Kanals zu organisieren.

Badische Chronik.

Die Wirtschaftsgerechtigkeiten.

Von den vorhergesagten üblen Folgen der Gewerbefreiheit ist bis jetzt nichts zu spüren; ja die Behauptung dürfte kaum eine zu weitgehende sein, daß im Gewerbe selbst diejenigen Tugenden, welche den alten Zustand zurückzuführen oder dessen Wiedereinführung für möglich halten, an den Fingern heranzählen sind. Wohin man blickt, sehen Regierungen, Volksvertretungen und öffentliches Leben weitere Konsequenzen aus den Grundanschauungen, welche in der Gewerbefreiheit zum Ausdruck gelangt sind, und man fängt vielfach schon an über Schranken hinauszugehen, die früher als unerlässlich erachtet wurden. Mag man nun auch über einzelne defallige Maßregeln getheilte Meinung sein und sie für verfrüht oder sonst irgend einer Seite des Gesamtinteresses nicht entsprechend halten, so ist doch der Grundsatz jetzt ein allgemein anerkannter, eigentlich von Rheinländern mehr bestrittener: die Ausübung irgend eines Gewerbes ist eine Sache, welche Niemanden verwehrt werden kann, es sei denn aus Gründen, welche ein Gesamtinteresse im Auge haben, und es darf keine privaten Rechtsansprüche geben, welche gegen dieses Recht jedes Einzelnen geltend gemacht werden können.

Dieser Gesichtspunkt ist ein so einfacher und naheliegender, und seine Anwendbarkeit auf die „Realwirtschaften“ ist eine so offensbare, daß es eigentlich kaum erforderlich sein sollte, sich noch eingehend mit diesem Gegenstande zu befassen. Die Wenigsten, welche in der einfachen Beseitigung der bisherigen Wirtschaftsgerechtigkeiten — vielmehr in deren Gleichstellung mit beliebigen anderen Unternehmungen der Art — eine Unbilligkeit erblickten, dürften sich klar gemacht haben, daß es gar Nichts gibt was den Grundätzen der Gewerbefreiheit ärger in's Gesicht schlägt, als eine Bevorzugung, welche nicht einmal an einer Korporation, sondern an bestimmten einzelnen Grundstücken haftet. Mittels dieser sogenannten

„Rechte“ ist thatsächlich dem jeweiligen Inhaber, wie sich kürzlich ein badisches Blatt ganz richtig ausdrückte, ein Unabwendigkeitspatent verliehen, welches um so schärfer diese seine Natur hervorkehrt je wirksamer es ist, d. h. je mehr durch die Thatsache seines Vorhandenseins Anderen der gleiche Gewerbebetrieb erschwert oder unmöglich gemacht wird; mit anderen Worten, es ist dieses angebliche „Recht“ nicht einmal die Errichtung einer bestimmten Schranke, innerhalb deren ein Gewerbe betrieben werden kann — wie dies bei den Zünften der Fall war — sondern es ist eine Monopolisirung, eine grundsätzliche Ausschließung Aller zu Gunsten Einzelner; und, wir wiederholen es, dieser Charakter tritt um so deutlicher und unzweifelhafter hervor, je mehr „reeller“ Werth in den Realrechten steckt. Es widerspricht also allen Rechts- und Billigkeitsbegriffen, nicht daß die Realrechte beseitigt werden sollen, sondern daß sie überhaupt noch bestehen.

So klar dies aber auch zu sein scheint, so wenig man gerade hier eine Abweisung der Zeitvermutungen erwarten sollte, so ist es doch andererseits Angesichts gewisser Eigenthümlichkeiten der süddeutschen Lebensverhältnisse nicht unerklärlich, wenn die Regierung bei der von ihr vorgeschlagenen, eigentlich selbstverständlichen Anwendung der gewöhnlichen Rechtsgrundsätze auch auf diese Sache Widerstand findet. Ohne Anspruch auf erschöpfende Behandlung des Gegenstandes zu erheben, wollen wir daher nachstehend kurz den Versuch machen, die beiden Hauptmomente gegen den Entwurf zu entkräften. Es ist dies einerseits die angebliche Benachtheiligung der gegenwärtigen Besitzer, und sodann die Befürchtung vor zu großer Anmuthung der in Aussicht genommenen Freiheit.

Die Besitzer der Realwirtschaften haben dieselben ererbt oder gekauft; in manchen Fällen soll das Realrecht um ansehnliche Summen erworben worden sein. Hieraus folgert man, daß der Staat die nunmehrigen Inhaber in dem rechtlich erworbenen „Besitz“ schütze, bezw. nichts thue, was denselben zu entwerthen geeignet ist. Wohin man mit dieser Forderung bei Anwendung des gleichen Grundgesetzes auf andere Dinge käme, haben die Herren, welche dieselbe aufstellen, wohl selbst nicht bedacht. Wenn demgemäß Verfahren werden soll, so war die Aufhebung des Zunftzwanges ein schreiendes Unrecht, ja so dürfte die Entziehung der Dampfschiffe und Eisenbahnen nicht gebildet werden — vom Fabrikwesen gar nicht zu reden. Es ist sogar ganz sicher, daß in vielen Einzelfällen der eben angedeuteten Art das Recht auf Schutz oder mindestens auf Abfindung ein unendlich größeres war als dies bei den Wirtschaftsgerechtigkeiten zutrifft, denn dort handelte es sich wirklich nicht selten um den unabwendbaren Ruin, und doch hatten manche der zu Grunde Gerathenen in früherer Zeit auf Forderung der Staatsgewalt bestimmt, recht lästige und kostspielige Verpflichtungen übernehmen müssen, besaßen also wenigstens eine Art moralischen Rechtsanspruch. Wo will man einen solchen bei den Wirtschaftsgerechtigkeiten herleiten? Dieselben sind thatsächlich nichts anderes, als Reste des früheren Zustandes, die man beseitigen ließ, nicht weil sie einen höheren Rechtsanspruch hatten, sondern weil man besondere praktische Gründe zu haben glaubte, dem Wirtschaftsgewerbe gewisse Schranken zu ziehen. Man hat damals keineswegs daran gedacht, ein ausschließendes Recht so und so vieler Hausbesitzer auf den Betrieb des Wirtschaftsgewerbes anerkennen oder gleichsam neu schaffen zu wollen, sondern man dachte das Gewerbe als solches in Grenzen halten zu müssen. Nicht das Interesse der Besitzer war es also, dem die Staatsgesetzgebung damals dienen wollte, sondern ein wirkliches oder vermeintliches, an Zahl und Beschaffenheit der Wirtschaften geknüpftes Gesamtinteresse, und es ist nicht die Schuld des Staates, wenn die Besitzer eine aus allgemeinen Gründen getroffene Anordnung als einen Vermögensverlust für sich aufzufassen. Wenn nun die zeitweiligen Inhaber dieses Scheineigentums, dieses eingebildete Rechtsverhältniß eskompirt, so war dies ganz in der Ordnung; wenn ein Anderer glaubte, etwas dafür bezahlen zu können, so war dies seine Sache und er hatte zuzusehen, wie er seine Rechnung fand. Was aber die Staatsgesetzgebung damit zu schaffen haben soll; was für Rechtsansprüche auf Schutz dieses vermeintlichen, vom Staate in keiner Weise garantirten Monopols, gegen Entwertung, auf Aufrechterhaltung eines leither genossenen Vorrechts heraus hervorgehen sollen — das ist wenigstens uns durchaus unerfindlich. Das Verhältniß ist schlechterdings kein anderes, als wenn vor Einführung der Gewerbefreiheit ein beliebiger Gewerbsmann ein Uebernahme eines Geschäfts noch eine Extrasumme für das Recht zum Geschäftsbetrieb hätte bezahlen müssen und nachher bei Einführung des neuen Zustandes Entschädigung verlangt hätte. Oder ist etwa die Hauptwirtschaft kein Gewerbe? Sind die bestehenden Realrechte etwas anderes, als Ausflüsse des früheren Konfessionswesens, mit welchem die zünftige Ausschließlichkeit zuerst durchbrochen wurde und welches dann neben den Pressgewerben namentlich das Wirtschaftsgewerbe sich zum Schauplatz seiner Thätigkeit auswählte? Ist also nicht, wenn ein Unterschied besteht, das zünftige Gewerbe noch eher berechtigt, Schadloshaltung zu fordern, als das Wirtschaftsgewerbe?

„Aber,“ so behauptet man, der Wirtschaftsbetrieb untersteht besonderen Gesichtspunkten für Beurtheilung, wenn auch nicht der Rechts-, so doch der Zweckmäßigkeitfrage. Es ist wünschenswerth daß die Zahl der Wirtschaften nicht eine übermäßige sei, und daß die Inhaber eine gewisse Garantie bieten für soliden Betrieb.“ Was letzteres betrifft, so glauben wir, hierüber ganz kurz hinweggehen zu können. Es ist in keiner Weise abzusehen, warum nicht der Materialwaarenhändler, der Bäcker und Metzger, ja schließlich jeder Gewerbsmann ähnliche Garantien geben soll. Die Meinung, als könne man auf solche Weise für guten Betrieb gesorgt werden, nicht minder wie diejenige, man könne auf diesem Wege überhaupt etwas anrichten, gehört zu denen, welche bei Annahme gewerbefreier Grundätze über Bord geworfen werden müssen; und gerade in diesem Punkte spricht die Erfahrung am besten dafür, daß diese Grundätze irrig seien.

Das Erstere, die Beschränkung der Zahl von Wirtschaften, hat auf den ersten Blick mehr für sich. Aber sowie man den

wirklichen Sachverhalt in's Auge faßt, so findet man, daß es auch gegenwärtig schon Wirthschaften genug, vielleicht mehr als genug gibt, und nicht nur in den größeren Städten, sondern auch in den Landorten ist das Zugrundegehen solcher kleinen Winkelwirthschaften heute schon etwas ganz Alltägliches. Die Gegner einer prinzipiellen Ausbildung des faktisch schon bestehenden Zustandes, nämlich der Zulassung so vieler Wirthschaften, wie Gemeinde und Staatsverwaltung für angemessen halten, werden hieraus den Schluß ziehen, daß man eben in Beurtheilung der Bedürfnisfrage und der gebotenen persönlicher Garantien viel zu mild gewesen sei; wir schließen daraus weiter nichts, als daß es eben nicht möglich ist, beide Dinge genügend zu beurtheilen. Es ist doch wahrlich eine wunderliche Voraussetzung, sobald man das Recht zum Wirthschaftsbetriebe nicht mehr an die willkürliche Auffassung irgend einer Behörde, sondern an bestimmte gesetzliche Normen knüpft, so werde Alles herbeiströmen, um Wirthschaft zu treiben, während doch in Wirklichkeit jetzt schon dem Bedürfnis ein so überaus reicher Spielraum geboten ist und es jeden Tag beobachtet werden kann, wie Wirthschaften verfallen und andere emporkommen. Wenn man aber nun gar folgert, „je mehr Wirthschaften, je mehr Wirthschaftsbesuch“, so wissen wir kaum, was wir hierzu sagen sollen. Die Leute müssen sonderbare Erfahrungen gemacht haben, welche einen solchen Satz aufstellen. Es mag schon sein, daß die Freigebung des Wirthschaftsgewerbes irgendwo den Wirthschaftsbesuch vermehrt, wenn nämlich die bisherigen Wirthshäuser schlecht waren und jetzt ein besseres an ihre Stelle tritt. Daß aber gerade diejenigen Wirthschaften, welche möglicher Weise eine Zeit lang wie Pilze emporwachsen, die Verlockung zum Wirthshausbesuche um so viel vermehren sollen — das wäre ein sonderbares Zeugniß für unser Volk. Wir sind nicht unterrichtet darüber, wie außerordentlich mäßig und dem Wirthshausbesuche abgeneigt das Volk unter dem gegenwärtigen Zustande ist; aber wir sind weit entfernt, die etwa hervor tretenden Mißstände der großen Zahl von Wirthshäusern zuzuschreiben, sind vielmehr überzeugt, daß Mangels derselben der herrschende Grad von Trunk- und Vergnügungs sucht sich auf anderem Wege Luft machen würde. Wir haben es in der Art und dem Maße, wie die Wirthshäuser frequentirt werden, stets mit allgemeinen moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen zu thun, und wenn man diese Ursachen frei walten läßt, so hat man im Wirthschafts wie in jedem anderen Gewerbe die höchste Wahrscheinlichkeit, daß nicht diese Ursachen sich nach der Zahl von bestehenden Wirthschaften richten werden, sondern umgekehrt. Konkurrenz und Bedürfnis werden das richtige Verhältnis jedenfalls viel annähernder herstellen, als dies bis jetzt der Fall war. Es ist denkbar, daß in einem Orte oder einer Gegend die Vermehrung der Wirthschaften für die öffentliche Moralität gefährlich würde; aber auch hier wird man es lediglich mit tieferliegenden Ursachen zu thun haben, welche bei zufälligem Anlaß in die Erscheinung treten, und es wird unnütz sein, die gelegentliche Folge beseitigen zu wollen, wenn man nicht die Ursache bekämpft. Im Wesentlichen, um unsere Ansicht hierüber in ein Wort zusammenzufassen, hat die Erfahrung seither gezeigt, daß nicht die Freigebung sondern im Gegentheil die Beschränkung es war welche Mißbräuche erzeugte, und wir vermuthen, daß es sich bei den Wirthschaften nicht anders verhalten wird.

Daneben sind wir der Meinung, daß es keine thörichtere Sorge gibt, als die, es werde nun eine allgemeine Ueberschwemmung mit Wirthschaften eintreten. Nach wie vor wird ein Jeder die Bedürfnisfrage berechnen; nach wie vor wird das Publikum nicht nur dahin gehen, wo seinen Wünschen am besten entsprochen wird, sondern ganz vorwiegend auch dahin, wohin es gewöhnt ist. Gerade diejenigen guten alten Häuser, für deren Realrecht große Summen gezahlt werden, haben gewiß nicht die mindeste Ursache zur Besorgniß, und es wird ihren Besitzern sehr gleichgiltig sein können, ob man ihnen das Realrecht, oder den allbewährten Ruf des Hauses, die altangewohnte Kundenschaft bezahlet. Wo aber ein gegenwärtig „werthvolles“ Realrecht dem neuen Zustande gegenüber sich nicht halten können, sondern ungeachtet aller Vortheile, welche das einmal Bestehende genießt, der Konkurrenz erliegen mußte: da würde offenbar weiter nichts vorliegen, als der eklatante Fall einer seither geübten großartigen Ausbeutung, und es ist eine fonderbare Zumuthung für eine freisinnige Regierung und eine badi'sche Volksvertretung, die Fortdauer eines solchen Zustandes von Staatswegen zu schützen.

* Karlsruhe, 4. Nov. Gestern Abend bezog der hiesige Arbeiterbildungsverein die Eröffnung seiner Thätigkeit für das kommende Winterhalbjahr. Am für recht weite Kreise ein Bedürfnis für den im Verein herrschenden Geist und die Bestrebungen und Leistungen des Vereins zu erwidern, hatte der Vorstand hierzu nicht nur sämtliche Ehrenmitglieder des Vereins (zu denen u. A. auch Sr. Ex. Staatsminister Dr. Jolly zählt), sondern außerdem noch eine Anzahl hier weilender Mitglieder der Zweiten Kammer und sonstige Personen, bei denen ein Interesse an der Sache vermuthet werden durfte, eingeladen. Unter den zahlreich Erschienenen nennen wir die H. H. Abg. Reuf, Ehard, Kufel, Worsch, Kille, Paravicini, Busch, Schmezer, ferner die H. H. Geh. Legationsrath v. Ungern-Sternberg, Dr. Schöffel, Prof. Emminghaus, Kreisrath Alt, Stadtpfarrer Längin u. c. Auch die Vereinsmitglieder hatten sich zahlreich eingefunden. Dem von Hrn. Dr. Spemann, dem zügigen Vorstände, erstatteten Berichte entnehmen wir Folgendes. Die Zahl der Vereinsmitglieder beträgt zur Zeit 260, worunter etwa ein Drittel Ehrenmitglieder. An der Kapitalsschuld des Vereins, welche jetzt noch ca. 8000 fl. beträgt, konnten im verfloffenen Jahre 300 fl. abbezahlt werden; allerdings werden diese Abzahlungen außerordentlich erleichtert durch das gemeinnützige Verhalten des Vereinspräsidenten Hrn. Dr. Busch, welcher bei jeder Abzahlung 20 Proz. nachläßt. Der Verein besitzt eine Krankenkasse und eine Sparkasse, welche letztere jetzt etwa 700 fl. bei dem hiesigen Vorschußverein niedergelegt hat; aus seiner Mitte ist eine Häuserbau genossenschaft hervorgegangen, und weitere Vereinigungen ähnlicher Art sind im Entstehen begriffen. Unterrichtsgegenstände sind, außer Gesang und Turnen: Deutsch, Französisch, Englisch, Buchführung, Deklamation; für kommenden Winter sind noch Rechnen und Zeichnen angekündigt.

Vorträge wurden in diesem Jahre etwa 30 gehalten, und sind auch für den Winter deren eine ziemliche Menge schon zugesagt. Die Vereinsbibliothek, jetzt schon recht ansehnlich und sehr fleißig benutzt, ist noch in fortwährendem Wachsen begriffen; im Lesezimmer liegen 14 Zeitungen und Zeitschriften auf, von denen einige gratis geliefert werden. — An diese Mittheilungen knüpfte sich eine Reihe von Reden. Von den Vereinsmitgliedern sprachen die Herren Eck, Eberle, Schulze und Haug, von den anwesenden Gästen die Herren Alt, Emminghaus, Schmezer und Ehard, sowie die früheren Vereinsvorsitze Dr. Reuf und Dr. Busch. Der Sängerkorps des Vereins trug in recht hübscher Weise einige Lieder vor, und auch an sonstigen Vorträgen, meist humoristischen Inhalts, fehlte es nicht. Im Uebrigen war der Grundton des Abends naturgemäß ein ernster, und man darf wohl sagen, daß die Haltung des Vereins sich bei diesem Anlasse die höchste Anerkennung und Achtung errungen hat, wie dies auch von sämtlichen Rednern kundgegeben wurde. Den bemerkenswerthen Umstand, daß Arbeiter den Vorstoß führten, glauben wir gleichfalls hier erwähnen zu sollen. Als eine Thatsache darf es bezeugt werden, daß dieser Abend dem Verein viele Freunde errungen, viele Borurtheile zerstreut und Einiges dazu beigetragen hat, ein Band gemeinsamen Wirkens für das von den Arbeiterbildungsvereinen angestrebte Ziel zu knüpfen.

* Karlsruhe, 4. Nov. Der seitherige Vorstand des Verwaltungsrathes der Privatpargelgesellschaft dahier, Hr. Geh. Finanzrath Widmann, ist nach einem 18jährigen Wirken leider — der Gesundheit wegen — von diesem Amte zurückgetreten, sicher zum Bedauern der zahlreichen Vereinsmitglieder, was auch in einer Verwaltungsraths- und Ausschussung durch beredte, warme Worte des Ausschussvorsitzmannes einen vollen Ausdruck fand. Die darauf gefolgte Wahl an Stelle des Hrn. Geh. Finanzrathes Widmann fiel einstimmig auf den Hrn. Finanzministerialrath Kilian dahier, welcher das Amt angenommen hat.

* Pforzheim, 2. Nov. In der Nacht von gestern auf heute, und zwar kurz vor 12 Uhr, wurde auch hier eine leichte Erdererschütterung wahrgenommen. — Auch in unserer Stadt zirkulirt gegenwärtig eine an die Zweite Kammer gerichtete Petition, welche die Aufhebung des Impfwanges verlangt. Begründet wird dieselbe damit, daß das Impfen doch die Blatternpidemien nicht verhilft und daß dem Uebel in anderer Weise vorgebeugt werden könne, sowie damit, daß dadurch der Keim zu mancherlei anderen Krankheiten gelegt werde. — Die Ernennung des Hrn. Oberamtmann Hebring zum Stadtdirektor ist hier mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen worden.

* Heidelberg, 1. Nov. (N. B. L. Z.) In den wenigen Monaten, die seit der Gründung des deutschen Alpenvereins verfloßen sind, hat sich derselbe über ganz Deutschland ausgebreitet und schon nahezu 600 Mitglieder gewonnen. Es bestehen bereits Sektionen in Augsburg, Bogen, Bruneden (Tirol), Frankfurt a. M., Gerolshausen, Heng (Tirol), Memmingen, München, Nürnberg, Prag, Salzburg, Stuttgart, Traunstein, Wien. Dazu kommen noch Graz, Berlin, Innsbruck, Regensburg und andere Orte, in welchen Sektionen in der Gründung begriffen sind. Bei so erfreulicher Theilnahme ist der Verein auch schon im Stande, in nächster Zeit mit der Publikation der Zeitschrift zu beginnen, welche er herauszugeben in Aussicht genommen hatte, und es ist zu hoffen, daß dieselbe den künftigen Publikationen des Schweizerischen und englischen Alpenclubs würdig zur Seite stehen und zur genaueren Kenntniß unserer deutschen Alpen wesentlich beitragen wird.

* Heidelberg, 2. Nov. (N. B. L. Z.) Nach der Fremdenliste, die jetzt als geschlossen zu betrachten ist, haben seit Beginn des Frühlings gegen 60,000 Fremde die hiesige Stadt besucht. — Nach der Gesamtsumme der in den beiden ersten Trimestern eingetragenen angemeldeten Studierenden zu urtheilen scheint es nicht, daß der Abgang gegen Ende des Sommerfurlers, welcher 300 betrug, in diesem laufenden Semester erzieht wird.

* Heidelberg, 3. Nov. (Heidelb. Zig.) Die Erdererschütterungen haben noch nicht aufgehört. Gestern Abend um 9¹/₂ Uhr wurde eine solche beobachtet, welche vielfache Schwankungen verursachte, und ebenso heute früh 10 Minuten nach 4 Uhr — beide von einem dumpfen Rollen begleitet und nicht feststehende Gegenstände mehr oder minder bewegt. Von Mauer- oder Ramineneinstürzen ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

In der gestern Nachmittag stattgefundenen Strafkammer Sitzung wurden der Bruder des „Pfälzer Boten“ und der Redakteur des „Bad. Beobachters“ von der gegen sie erhobenen Anklage der Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung freigesprochen, letzterer jedoch in die Kosten der ersten Tagfahrt, in welcher derselbe nicht erschienen war, verurtheilt.

Ein anonym „Bedollmächtigter“ forderte gestern mittels Strafkammerplakaten die Arbeiter Heidelbergs zu einer großen Volksversammlung im „Redarthal“ auf, die dem Abende daselbst auch stattfand und von etwa 100 Personen besucht war. Nachdem mit etwa 20 Stimmen (vermuthlich dem hies. Schweizerischen deutsch. allgemeinen Arbeiterverein angehörig) — alle übrigen Anwesenden enthielten sich der Abstimmung — ein Präsident gewählt war, hielten einige Schweizerische Sendlinge aus Würzburg und Mannheim (mit Namen Büchler und Schäfer, bis dato unbekannt) Ansprachen in hinlänglich bekanntem Sinne, befehligen sich dabei jedoch, was nicht unerwähnt bleiben soll, eines größeren Anstandes, als solcher bei früherer Gelegenheit beliebt wurde. Die dabei mit untafellosen Angriffen auf die Arbeiterbildungsvereine und Schulze-Deilichs wurden von Reichanifer Jung, Vorstand des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, zurückgewiesen. Derselbe besprach zugleich die Errichtung von Gewerkschaften und zeigte dabei, wie es wahrlich für das Wohl der Arbeiter besser sei, wenn dieselben in eine Invalidenkasse flüchteten, statt ihre Beiträge zwecklos in die unerlöblichen Taschen des Präsidenten v. Schweizer fließen zu lassen. Ein besonderes Interesse bot die Debatte nicht. Die Versammlung ging um 7¹/₂ Uhr ruhig und ohne Resolutionen zu fassen auseinander.

* Mannheim, 2. Nov. (B. Wöztg.) Gestern wurde hier die Synode der beiden Gemeinden Mannheim und Heidelberg unter dem Vorsitz des Dekans Zittel von Heidelberg abgehalten. Die fünfjährige Verhandlung hatte einen friedlichen Verlauf, obgleich es an Meinungsverschiedenheiten fast bei keinem Gegenstand fehlte. Der Jahresbericht war kurz. Die Anträge und Beschlüsse betrafen die Einrichtung des Religionsunterrichts in den gemischten Schulen, die gewünschte Uebersetzung des Konfirmationsalters mit dem Alter der Schulentlassung, die Bitte um Wiederherstellung der weltlichen Feier des Char-

freitags, den Entwurf eines neuen Stiftungsgesetzes, die theologische Kandidatenprüfung (Bitte um 2 Prüfungen für alle), den Piesinger Fall, wobei die Bitte an den Oberkirchenrath in gemäßigter Fassung beschlossen wurde.

* Mannheim, 3. Nov. (N. B. L. Z.) Gestern Abend 9 Uhr 29 Min. wurde hier eine neue Erdererschütterung beobachtet, deren Dauer etwa 3 Sekunden umfaßte. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch heute früh kurz nach 4 Uhr eine schwache, kurz andauernde Erschütterung hier verspürt wurde.

* Pforzheim, 3. Nov. (Laud.) Nachdem wir gestern den ganzen Tag hindurch bei schwer umwölktem Himmel eine nur mäßig bewegte Luft gehabt, erhob sich mit Einbruch der Nacht ein gewaltiger Sturm aus West und um 9 Uhr 24 Minuten erfolgte bei einem Barometerstand von 26 Zoll 8 Linien und bei einer Temperatur von 6¹/₂ Reaumur mehrere nicht unbedeutende Erdererschütterungen, deren Wellen sich von West nach Ost bewegten, dabei einen Weg von etwa 10 Fuß in der Sekunde zurücklegend, so daß die verschiedenen Stellen eines Zimmers von genannter Breite in wahrnehmbar verschiedenen Momenten gehoben wurden. Die losbrechende Hebung des Bodens mag nach meiner Schätzung etwa 3 Linien betragen haben. Es fanden zwei durch eine Pause von einigen Sekunden geschiedene Stöße statt, jeder aus etwa fünf rasch auf einander folgenden Wellen bestehend. (Kurz vor halb 10 Uhr verspürte man auch in Tauberhirschheim einen leichten Erdstoß.)

* Offenburg, 2. Nov. (Oberb. Kur.) Nachdem vor etwa zwei Jahren der Versuch gemacht wurde, in den schon viele Jahre leerstehenden, sehr umfangreichen Gebäulichkeiten der ehemaligen Zuckerfabrik an der Ortenberger Straße dahier eine Aktien-Bierbrauerei zu errichten, dieses Projekt aber damals wieder aufgegeben wurde, ist nunmehr neuerdings die Sache wieder angeregt worden, und sollen die Unterhandlungen und die Aktienzeichnung bereits so weit gediehen sein, daß diesmal das Unternehmen als gesichert betrachtet werden kann und die Ausführung desselben nicht lange mehr auf sich warten lassen soll. — Unser neues Schulhaus für die Volksschule, über das seiner Zeit so viel gestritten wurde, steht nunmehr auf dem Platze, der früher von einer großen Parthei als nicht geeignet verworfen wurde, bereits unter Dach. Der wirklich schöne Bau gereicht der hiesigen Stadt zur Zierde. — Wir werden nun hier für diesen Winter doch ein Theater bekommen. Noch in der letzten Stunde wurde einer Gesellschaft von Bregenz die Konzession erteilt. — Der Raubmörder Döblich, welcher nach seiner Einlieferung in das hiesige Amtsgefängniß Tag und Nacht tobt und weinte, ist in den letzten Tagen wieder ruhig geworden. Ob es Reue oder Furcht, oder was sonst für ein Mandir dieses Benehmen sein sollte, konnte aus dem verflochtenen Sünden bis jetzt nicht herausgebracht werden.

* Von der Kinzig, 2. Nov. (Wart.) Gestern wurde in dem Dorfe B. bei Offenburg ein bedeutender Diebstahl verübt, welcher heute für Staatsanwalt und Amtsgericht den ganzen Tag Arbeit, bis jetzt ohne ganz sicheren Erfolg, veranlaßt. Aus einer Art von Schreikommode wurde gestern Nachmittags wahrscheinlich während des Gortredienfes im Hause des Heiligengrachers die Summe von etwa 700 fl. entwendet, während wohl eine annähernd gleiche, in mehreren Schubladen vertheilte Summe von dem Dieb entweder nicht entdeckt oder nicht mitgenommen wurde.

* Konstanz, 3. Nov. (Konst. Z.) Am 27. v. M. stand vor der Strafkammer des Kreis- und Hofgerichts Konstanz der 52 Jahre alte kathol. Pfarrer Anton Siebert von Hemmenhofen, A. Radolfzell, angeklagt der Majestätsbeleidigung, der Aufreizung des Volkes und des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt. Er verteidigte sich selbst und widersprach alle ihm zur Last gelegten Vergehen. Jedenfalls habe er durchaus die Absicht nicht gehabt, eine Majestätsbeleidigung gegen Sr. Königl. Hoheit den Großherzog auszusprechen, eben so wenig das Volk aufzuwiegeln oder seine Amtsgewalt zu mißbrauchen. Er sei durch die Verfolgungen und Beschimpfungen der Katholiken in den liberalen Blättern so sehr in Aufregung versetzt gewesen, daß er dem Drang nicht mehr länger habe widerstehen können, seinem Herzen Luft zu machen und seine Partangehörigen über die schändlichen Absichten der Liberalen aufzuklären, sowie dieselben vor der Gemeinschaft mit den Liberalen zu warnen und von dem Lesen der gegenkatholischen Blätter abzumahnern. Dies habe er allerdings in der am letzten Frohnleichnamstag auf der Kirchenkanzel gehaltenen Predigt im Zustande der Aufregung gethan. Die Zeugnisaussagen sind theils belastend, theils haben sie den Zweck der Entlastung. Die Verkündung des Urtheils wurde auf den 23. Abend 5 Uhr, veragt. Nach diesem Urtheil wurde der Angeklagte schuldig erklärt der mit Mißbrauch des Amtes verübten Majestätsbeleidigung und Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und deshalb zu einer auf der Festung zu erhebenden Kreisgefängnißstrafe von 4 Monaten, sowie zur Ertragung der Kosten des Strafverfahrens und der Urtheilsvollstreckung verurtheilt.

Verichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Ausstellung des Gartenbau-Vereins ist Sp. 2, letzte Zeile zu lesen: Gaudelsgärtner Löhler statt „Böhler“ von Vörrach.

In dem Art. Donaueschingen in Nr. 257, die Chronik Ulrichs v. Richtenhal betr. ist Bl. 5 v. u. zu lesen Gebhardt Da cher statt „dahier“.

* Frankfurt, 4. Nov. Nachm. Defferr. Kreditaktien 222¹/₂, Staatsbahn-Aktien 360¹/₄, Silberrente 56¹/₂, 1860r Loose 76¹/₄, Amerikaner 99¹/₁₆.

Witterungsbeobachtungen
der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

3. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 57"	+ 6,4	0,89	S.W.	eb.	Sturm, Regen
Mitt. 2 "	27° 72"	+ 6,5	0,90	"	"	"
Nacht 9 "	27° 70"	+ 6,2	0,91	"	"	Regen

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. A. Fern. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Freitag 5. Nov. 4. Quartal. 116. Abonnementsvorstellung. Der Wildschütz, komische Oper in 3 Akten, von Vorzing.

